



DIE GRÜNEN Gemeinderatsfraktion • Hebelstr. 13 • 76133 Karlsruhe

ver.di
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Amely Poll
Rüppurrer Straße 1a
76137 Karlsruhe

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom
20. August 2015

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Datum
15. September 2015

Haushaltsstabilisierung in Karlsruhe

Sehr geehrte Frau Poll, sehr geehrte ver.di-Vertrauensleute der Stadt Karlsruhe,
vielen Dank für die Zusendung Ihres Faltblatts zur Haushaltsstabilisierung, auf das wir Ihnen
gerne antworten.

Wir halten es ausdrücklich für erforderlich, dass die notwendige Haushaltsstabilisierung von
Seiten der Personalvertretungen der Stadt, der Tochtergesellschaften und den Gewerkschaften
konstruktiv, aber auch kritisch begleitet wird.

Tatsächlich wurden in den letzten Jahren teure Großprojekte durch den Gemeinderat
beschlossen, die erhebliche finanzielle Auswirkungen in die Zukunft haben und den städtischen
Haushalt durch Folgekosten zusätzlich belasten. Bei vielen dieser Projekte hat die GRÜNE
Gemeinderatsfraktion nicht zugestimmt oder sich für alternative, günstigere Lösungen
ausgesprochen. Zudem haben wir mehrfach darauf verwiesen, dass es viele dringendere
Aufgaben insbesondere im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge gibt. Wir tragen derzeit in
einigen Bereichen Lasten aus der Vergangenheit und müssen gleichzeitig einen
Sanierungsstau abbauen. An anderen Stellen müssen wegen geänderter rechtlicher
Rahmenbedingungen zusätzliche Investitionen getätigt werden.

Dass die Mittel knapp werden, fällt unserer Fraktion nicht jetzt plötzlich auf. Seit vielen Jahren
drängen wir in der Ausgabenpolitik, gerade bei großen Projekten auf Maß und Mitte, so dass
die Kernaufgaben der Stadt Karlsruhe zuverlässig erfüllt werden können.

Zu den einzelnen im Flugblatt genannten Projekten haben wir uns wie folgt verhalten:

- Wir haben uns gegen einen Neubau des KSC-Stadions durch die Stadt ausgesprochen und wollen stattdessen eine Modernisierung und Sanierung.
- Die Kombilösung wurde von uns bekanntlich nicht befürwortet, hier entschied der Bürgerentscheid und die Mehrheit im Gemeinderat. Wir haben bei diesem Projekt von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Stadt Karlsruhe dauerhaft erhebliche finanzielle Belastungen tragen müssen, was von der Mehrheit des Gemeinderates als „Schwarzmalerei“ abgetan wurde. Unsere Prognosen sind eingetreten und nun sind laufende Folgekosten von 20 bis 30 Mio. Euro jährlich zu übernehmen, die sich sowohl aus Betriebs- als auch aus Finanzierungskosten zusammensetzen.

- Beim Staatstheater sind die räumlichen Arbeitsbedingungen für viele Beschäftigte kaum zumutbar. Auch ist die Technik teilweise so veraltet, dass sie nicht mehr zuverlässig nutzbar ist. Sobald baulich in den bestehenden Gebäudekörper wesentlich eingegriffen wird, fällt der Bestandschutz für die ebenfalls nicht mehr zeitgemäße Brandverhütung. Aus diesen Gründen tragen wir eine Sanierung und den Neubau im Grundsatz mit. Allerdings bestehen wir auf der Einhaltung des von Stadt und Land beschlossenen Kostenrahmens und auf einer modularen Ausführung, bei der jedes Modul abhängig von der aktuellen Haushaltslage durch den Gemeinderat freigegeben werden muss.
- Bei der Modernisierung der Stadthalle haben wir verlangt, dass uns die Notwendigkeit und die Kosten der einzelnen Maßnahmen in höherer Detailtiefe dargelegt werden. Erst wenn uns diese Informationen vorliegen, wird ein endgültiger Beschluss zur Sanierung gefällt. Dabei legen wir GRÜNEN Wert darauf, das Notwendige vom Wünschenswerten zu unterscheiden und nur die wichtigsten Maßnahmen umzusetzen. Im Übrigen werden auch bei der Stadthalle die aktuellen Brandverhütungsvorschriften nicht eingehalten. Dies zwingt uns – ganz unabhängig von einer Modernisierung – zu Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe.
- Bei der von Ihnen so bezeichneten "Aufrüstung des Zoos" haben wir immer nur diejenigen Teile mitgetragen, die zu Verbesserungen für die Tiere führten. Hierbei ist zu beachten, dass eine große Zahl der Gehege nicht die Mindestanforderungen des Säugetiergutachtens erfüllen. Daher sehen wir die Notwendigkeit, die Anzahl der gehaltenen Arten zu reduzieren, um den verbliebenen Tieren, artgerechtere Bedingungen bieten zu können. Beim Exotenhaus haben wir uns mehrfach dafür eingesetzt, dass die Kosten im Rahmen bleiben. Bis heute werden wir deshalb von SPD und KULT kritisiert. Weitere Ausbaumaßnahmen, die nicht konkret dem Tierschutz dienen, sehen wir kritisch. Zwar halten wir Modernisierungsmaßnahmen für sinnvoll, diese erfordern aber keine großen Investitionen.
- Für das Exotenhaus wurden bisher nur die Stellen geschaffen, die dringend notwendig sind. Allerdings wurde der Gemeinderat zum notwendigen Umfang der Stellenschaffungen unzureichend informiert, weshalb überraschend Nachbesserungen erforderlich wurden. Auch das übrige Personal im Zoo wurde moderat aufgestockt, um Versäumnisse früherer Zeiten auszugleichen.
- Bei der AVG werden derzeit doppelt so viele FahrerInnen ausgebildet wie bisher, um die Fahrpläne in absehbarer Zeit wieder einhalten zu können. Auf keinen Fall darf es zu einem wesentlichen Abbau des öffentlichen Verkehrs kommen. Hierfür setzen wir uns sowohl bei VBK als auch bei AVG ein.

Allerdings sind nicht alle großen investiven Maßnahmen verzichtbar. Insbesondere beim Städtischen Klinikum sind aus unserer Sicht sowohl die Neubaumaßnahmen als auch eine ambitionierte Altbausanierung dringend notwendig – dies auch, um Erleichterungen in den Betriebsabläufen für die Beschäftigten zu erreichen und hohe Instandhaltungskosten zu reduzieren.

Hohen Investitionsbedarf sehen wir des Weiteren im Bereich der Schulen und Kitas sowie bei den Altenhilfeeinrichtungen der städtischen Stiftungen. Auch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, der kommunale Wohnungsbau oder unsere Anstrengungen im Bereich Lärmschutz werden noch erhebliche finanzielle Mittel benötigen.

Angesichts des prognostizierten Defizits sind Haushaltskonsolidierungs-Maßnahmen unumgänglich. Wir dringen schon immer auf Generationengerechtigkeit und wollen unseren Nachkommen keine Schuldenberge hinterlassen. Deshalb haben wir in der Vergangenheit bei vielen Großprojekten nicht zugestimmt bzw. zu "weniger ist mehr" geraten.

Der Gesamtbetrag von 404 Mio. Euro sind die über sechs Jahre kumulierte Summe der Defizite von 2017 bis 2022. Hier ist zu beachten, dass sich strukturelle Einsparungen ebenfalls kumulieren.

Strukturelle Einsparungen in 2017, die also auch in den Folgejahren eingespart werden, werden sechsfach in die Summe der Einsparungen eingehen. Die genauen Höhen der als notwendig betrachteten jährlichen Einsparungen sind in der Gemeinderatsvorlage zum Eckpunktebeschluss zur Haushaltskonsolidierung im April aufgeführt und im Web der Stadt Karlsruhe öffentlich zugänglich (www.karlsruhe.de / Stadt und Verwaltung / Gemeinderat / Sitzungskalender, dort TOP 6 der Sitzung vom 28. April 2015).

Auch in früheren Jahren wurden regelmäßig Defizite für die Haushaltsergebnisse prognostiziert, die jedoch nicht eintraten, weil mehrfach nicht vorhersehbare Gewerbesteuer-Nachzahlungen eingingen. Dies war im letzten Jahr nicht mehr der Fall und wird aller Voraussicht nach auch nicht mehr in dieser Höhe eintreten, weil die Steuerzahlungen sich inzwischen eher auf viele mittlere und kleinere Firmen verteilen. Aber tatsächlich gibt es auch externe Effekte, die das Defizit senken, z.B. höhere Zuschüsse durch die Landesregierung.

Wie Sie sicher wissen, ist die Stadt Karlsruhe nach § 77 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg verpflichtet, ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Die Haushaltswirtschaft ist dabei sparsam und wirtschaftlich zu führen.

Die GRÜNE Fraktion hat in der Vergangenheit oft auf die aufkommenden Probleme energisch hingewiesen, wir konnten uns mit unseren Vorschlägen jedoch nicht durchsetzen. Nun müssen sich Gemeinderat und Stadtverwaltung der aktuellen Situation konstruktiv stellen. Im Moment sammeln wir Vorschläge und begrüßen ausdrücklich, wenn die Beschäftigten der Stadt und ihrer Tochterunternehmen sich aktiv in diesen Prozess einbringen.

Uns GRÜNEN ist wichtig, dass eben nicht hauptsächlich beim Personal gespart wird und dass es nicht zu Mehrbelastungen kommt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass eine intensive Aufgabenkritik stattfindet. Nur wenn Aufgaben abgebaut werden, ist es überhaupt denkbar, Personal zu reduzieren.

Für die Einschätzung, wo überhaupt eine Reduzierung von Aufgaben möglich ist, sind wir auf den Erfahrungsschatz der Beschäftigten angewiesen. Wir wünschen uns hier ausdrücklich die Zusammenarbeit zwischen dem ehrenamtlichen Gemeinderat und den hauptamtlich Beschäftigten, gerade auch um übermäßige Härten gezielt zu vermeiden.

Inwieweit Maßnahmen "die Bürgerinnen und Bürger sowie das Personal treffen werden", steht erst fest, wenn konkrete Vorschläge vorliegen und Entscheidungen dazu gefällt sind.

Und nun zu Ihrer Forderung nach Transparenz zu vier Themen:

- Die Schieflage des Haushalts hat ganz verschiedene Ursachen. Ein wichtiger Grund ist, dass in den letzten Jahren die Aufgabenfülle enorm angestiegen ist. Von einer Verwaltung wird heute auch durch die Bürger/innen viel mehr Leistung erwartet als früher. Hinzu kommen gestiegene rechtliche Anforderungen (z.B. beim Brandschutz), aber auch gestiegene gesellschaftliche Standards, beispielsweise in den Bereichen Bildung und Betreuung u.v.a.m.

All dies hat dazu geführt, dass in den letzten Jahren viele in der Einzelbetrachtung notwendige und sinnvolle Stellen geschaffen wurden. In der Gesamtbetrachtung zeigt sich allerdings, dass nicht alles auf Dauer so leistbar ist. Deshalb müssen wir nun nach Einsparpotentialen suchen, um die zusätzlich übernommenen Aufgaben durch Abbau an anderer Stelle zu reduzieren.

Neben diesen zusätzlichen Aufgaben und Ausgaben kommen die Dauerbelastungen durch die oben erwähnten Großprojekte noch hinzu. Deren Finanzierung belastet (und überfordert!) den städtischen Haushalt über viele Jahrzehnte hinweg.

- Die Einspar-Vorgaben für die einzelnen Dienststellen wurden errechnet, indem das erwartete Defizit prozentual zum jeweiligen Haushaltsanteil auf die Ämter und Gesellschaften verteilt wurde. Einige Bereiche, deren Ausgaben gesetzlich festgelegt sind, wurden dabei ausgenommen. Aber klar ist, dass nicht überall die so bezifferten Einsparungen erreicht werden können. Sie sollen einen Anhalt dafür geben, um welche Summen es geht.

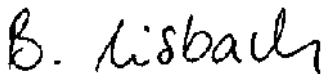
- Es werden sicher mittelfristig Stellen eingespart werden müssen. Betriebsbedingte Kündigungen wurden aber ausgeschlossen, was wir voll unterstützen. Zu möglichen Einschränkungen von Leistungen kann derzeit kaum etwas gesagt werden. Zuerst müssen die Vorschläge vorliegen. Die sind dann auch in der Öffentlichkeit zu diskutieren.
- Unser Ziel ist schon immer, durch maßvolle Ausgaben erst gar keine solche Situation entstehen zu lassen. Leider konnten und können wir uns hierbei nicht immer durchsetzen. Jetzt stehen wir vor der Situation, einsparen zu müssen. Die entscheidende Frage wird sein, welche Kürzungen für das städtische Personal, aber auch für Bürgerinnen und Bürger am ehesten verkraftbar sind und wo die Einnahmen ohne Überlastung der Betroffenen erhöht werden können.

Wie wir in unserer mail vom 4. September mitgeteilt hatten, würden wir uns über einen Gesprächstermin mit Ihnen sehr freuen und könnten z.B.

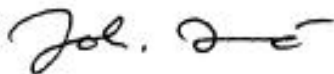
Montag, den 26. Oktober um 18:00 Uhr (in unseren oder Ihren Räumlichkeiten)

anbieten. Über eine kurze Rückmeldung an unser Fraktionsbüro (Tel. 0721/29155) ob dieser Termin auch für Sie möglich ist, freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüßen



Bettina Lisbach
Fraktionsvorsitzende



Johannes Honné
Mitglieder Strukturkommission



Joschua Konrad